



Kampfjet-Poker in heisser Phase

Auf Wunsch eines Anbieters soll Abgabetermin für Kampfjet-Offerte verlängert werden – **Konkurrenten** verärgert

In der Wirtschaftskrise gewichtet bei der Wahl des neuen Kampfjets stark, wie konkret und solid die Gegengeschäfte für die Schweizer Rüstungsindustrie sind. Einer der drei Anbieter verlangt jetzt, der Abgabetermin für diesen Teil der Offerte solle verlängert werden. Die Konkurrenz rügt, da würden Spielregeln geändert.

PATRICK FEUZ

Es geht um sehr viel Geld. Und zwar um mehr als die 2,2 Milliarden Franken, die der Bundesrat für neue Kampfjets ausgeben will. Wer den Schweizer Auftrag erhält, kann mit diesem Zuschlag künftig in anderen Ländern werben und auf den Verkauf weiterer Maschinen hoffen. Denn das Schweizer Auswahlprozedere gilt als lupenrein. Deshalb beobachten sich die drei Anbieter, die in der Schweiz im Rennen um den Ersatz der Tiger-Flotte

sind, gegenseitig mit Argusaugen und zunehmender Nervosität. Das EADS-Konsortium mit deutscher, italienischer, britischer und spanischer Beteiligung will den Schweizern den Eurofighter verkaufen, der französische Hersteller Dassault die Rafale und die schwedische Firma Saab den Gripen.

Einer der drei Konkurrenten rüttelt jetzt am bisherigen Abgabetermin für die detaillierte Offerte, wie mehrere Quellen bestätigen. Zwar soll weiterhin der 17. April für jenen Teil der Offerte gelten, in dem die Hersteller sagen müssen, wie viele Flugzeuge mit welchen Leistungen sie für 2,2 Milliarden bieten und wie es mit **Schulungsmöglichkeiten** aussieht. Für den **industriepolitischen** Teil dagegen – hier geht es um

konkrete Gegengeschäfte für die Schweizer Rüstungswirtschaft – wird eine Fristverlängerung bis Ende Mai verlangt. Auch SVP-Politiker Thomas Hurter – er präsidiert den für das Kampfjet-Geschäft eingesetzten Ausschuss der national-

rätlichen Sicherheitskommission – hat davon gehört: «Ein Anbieter braucht offenbar mehr Zeit für seine Offerte.»

Der Sprecher der mit der Jet-Evaluation betrauten Armasuisse wollte gestern die **Fristverlängerung** nicht bestätigen. **Damit bleibt vorerst unklar**, ob sie bereits definitiv beschlossen ist oder nur erwogen wird. Gewährt die Armasuisse mehr Zeit, wird dies bei den anderen Konkurrenten Diskussionen auslösen. Bereits erklärt der Vertreter eines Herstellers, man dürfe doch nicht während des Rennens die Spielregeln ändern. Der Armasuisse werden solche Vorwürfe unangelegen kommen: Man hat sich bisher bemüht, den Eindruck zu vermeiden, dass ein Anbieter in irgendeiner Form bevorzugt werde. Klar ist, dass der **Aspekt der Kompensationsgeschäfte in Zeiten der Wirtschaftskrise** stark ins Gewicht fällt.

Zu einer Verzögerung könnte es noch aus einem weiteren Grund kommen: Laut Nationalrat Thomas

Hurter braucht die Armasuisse für die Auswertung der Offerten wegen der hohen Komplexität mehr Zeit als bisher eingeplant. Statt noch im Juli kann der Bundesrat möglicherweise erst im Oktober entscheiden, welches Flugzeug er dem Parlament vorschlagen will.

Erst im Rüstungsprogramm 2011

Beobachter vermuten, dass der neue VBS-Chef Ueli Maurer sich nicht unter Druck setzen lassen und lieber ein politisch chancenreiches Kampfjet-Paket schnüren will. Anders als geplant wird es kaum reichen, den Kampfjet-Kauf in das Rüstungsprogramm 2010 zu verpacken. Das hängt auch mit der links-grünen Volksinitiative zusammen, welche die Beschaffung der neuen Kampfjets verhindern will. Mehrere Sicherheitspolitiker erklären, bevor das Parlament über den Flugzeug-Kauf befinden, solle das Volk über die Initiative abstimmen. So **entstehe die nötige politische Klarheit**. Die Volksabstimmung über die Initiative ist frühestens im Juni 2010 realistisch.